

Ernst-Ludwig Iskenius
Ausbau 10
OT Brömsenberg
19249 Lübtheen

Meine Einlassung beim Landgericht Koblenz

Sehr geehrte Frau Richter
sehr geehrte Schöffen-innen
Sehr geehrte Frau Oberstaatsanwältin
liebe Unterstützer und Unterstützerinnen

Ich stehe heute zum 2. Mal vor dem Gericht, mit dem gleichen Vorwurf konfrontiert. Ich bestreite die eben beschriebene Tat und die Tatsache nicht: Ich habe einen völkerrechtswidrigen Akt, nämlich das tägliche Üben eines uns alle vernichtenden Atomkrieges durch deutsche Soldaten zu unterbrechen, ja zu verhindern versucht. Mit meinem Körper habe ich mich auf die Landebahn in Büchel gestellt. Damit habe ich ein fürchterliches Unrecht zu unterbinden gewagt. Deshalb stehe ich heute vor Gericht.

Es geht also um die Absicht unserer Tat, nicht um die Tat selbst. Den reibungslosen Ablauf einer völkerrechtswidrigen Kriegsübung zu stören, das war unser aller Ziel, als wir das Militärgelände betraten. Damit geht unsere Aktion über den eigentlichen öffentlichen Protest hinaus. Deshalb sind unsere Rechtfertigungsgründe zu prüfen.

Aus meiner Sicht sollte in diesem Prozess geprüft werden,

- ob von der deutschen atomaren Teilhabe (sie umfasst die Stationierung von 20 amerikanischen Atombomben auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst in Büchel, den täglichen Übungsflügen deutscher Soldaten, um diese Atombomben abwerfen zu können, und die deutsche Beteiligung an der Nuklearen Planungsgruppe) eine gegenwärtige Gefahr ausgeht. Zu prüfen ist weiter, ob durch diese Gefahren grundlegende Rechtsgüter bedroht sind, die in jedem Fall zu schützen sind, ob die Gefahren unsere ganze Gesellschaft, ja die gesamte Menschheit eventuell gefährden

könnten. Dazu wurden schon von meinen Mitangeklagten Ausführungen gemacht, ich werde gleich lediglich noch einen Aspekt ergänzen und dazu auch einen Beweisantrag einbringen.

- Weiter ist zu prüfen, ob unsere Aktion erforderlich war ,
- und gleichzeitig geeignet war, diesen immensen Gefahren zu begegnen,
- angemessen war
- und auch das relativ mildeste Mittel beinhaltet hat.

Ohne diese Prüfung kann unsere Aktion nicht gerecht beurteilt werden.

Zur gegenwärtigen Gefahr:

Wir haben schon von der immensen Bedrohung durch Atomwaffen gehört, der Einsatz von Atomwaffen im Hinblick auf die Vernichtung von menschlichem Leben, unserer Gesundheit und der Unversehrtheit unseres verfassten sozialen Gesellschaftsmodells. Das wurde ausführlich beschrieben, es ist schon erwähnt worden, dass dieser Einsatz immer wahrscheinlicher wird und die wichtigsten Wissenschaftler und Atomexperten die atomare Katastrophe noch nie so nah sehen wie derzeit. Erst letzte Woche haben sie diese Gefahr bekräftigt und ihre berühmte Doomsday Uhr auf 100 Sekunden vor der Katastrophe weiter vorgestellt. Das haben sie umfangreich begründet.

Ferner wurde schon der permanente Völkerrechtsbruch durch die deutsche atomare Teilhabe mit der ständigen Übung für einen erfolgreichen Atombombenabwurf erwähnt. Dazu gibt es nachher noch einen Beweisantrag.

Eindrücklich kamen die Ängste, unter denen wir als Bürger unter dieser atomaren Bedrohung zu leiden haben, zur Sprache und der Hinweis, dass der Wunsch nach atomarer Abrüstung von der

überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird, aber trotz Parlamentsbeschluss bisher nicht umgesetzt wurde. Wir haben auch von zwei Beispielen aus Schottland und der Schweiz gehört, die juristisch eine angemessene Antwort auf den sich formierenden gewaltfreien Zivilem Widerstand gefunden haben, die dann zu Freisprüchen von Zivilen Ungehorsam geführt haben. Herr Roemp führte ja deutlich aus, dass Recht und Rechtsprechung sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in der Vergangenheit geändert haben und sich ständig ändern, ja angepasst werden. Warum nicht auch bei dieser gegenwärtigen Gefahr?

Die Böhler Atombomben sind Teil des atomaren Waffenpotentials, das gegebenenfalls militärisch auch eingesetzt werden soll. Dafür übt ja die deutsche Luftwaffe. Sonst wären ihre Übungen sinnlos und die Lagerung nutzlos.

*In den letzten Jahren ist es zur Erosion der atomaren Abrüstungsarchitektur gekommen. Die USA haben das internationale Atomwaffenabkommen mit dem Iran gekündigt, Rußland und USA haben beide den INF-Vertrag aufgegeben und im Augenblick scheint auch der Start II Vertrag nicht weiter verlängert zu werden. Alle Atomkräfte haben begonnen, mit ganz neuen Atomwaffen, die neue Einsatzfähigkeiten entwickelt haben, atomar aufzurüsten, was als für unsere Sicherheit erforderliche Modernisierung klein geredet wird. Die Böhler Atombomben fallen darunter. Festgehalten wird von der NATO an der atomaren Erstschlagsdoktrin, Russland hat schon angekündigt, hier den westlichen Militärs zu folgen. **Die Menschheit läuft auf einen Krieg mit Atomwaffen zu.***

Die Bedrohung der Menschheit durch Atomwaffen ist mit der gegenwärtigen Klimakatastrophe vergleichbar, der Unterschied liegt nur darin, dass wir die eine physisch spüren, weil sie allmählich auf uns zurollt, die andere, die atomare Katastrophe erst dann spüren, wenn es zu spät ist. Für viele Menschen ist diese atomare Gefahr doch sehr abstrakt, deshalb kann sie umso leichter verdrängt werden. Wenn, wie ich es letzte Woche von einem richterlichen Kollegen erst wieder gehört habe, wir seiner Meinung nach doch meilenweit von einem Atomkrieg entfernt seien, so kann ich darin nur eine massive

Verdrängung erkennen, aus Angst, aus Unsicherheit, um unangenehme Gefühle zu unterdrücken. (mit der Möglichkeit der Vernichtung der eigenen Existenz sich auseinanderzusetzen, ist immer unangenehm) zu unterdrücken. Dem müssen wir eine Hoffnung entgegensetzen, eine Hoffnung des Tuns, eine Hoffnung zur Überwindung der Ohnmacht.

Als wichtigen Punkt wiesen die Atomic Scientists letzte Woche noch einmal darauf hin, dass die verschiedenen Katastrophen sich gegenseitig noch potentiell verstärken und dadurch noch wahrscheinlicher werden.

60 hochrangige Generäle und Admirale, die z.T. selbst an den Entscheidungshebeln für einen Atomkrieg gestanden haben, haben schon 1996 folgendes festgestellt:

Zitat: We know that nuclear weapons, though never used since Hiroshima and Nagasaki, represent a clear and **present danger** to the very existence of humanity.

Wir wissen, dass Atomwaffen, obwohl sie seit Hiroshima und Nagasaki nicht mehr eingesetzt worden sind, eine deutliche und **gegenwärtige Gefahr** für die Existenz der Menschheit bedeuten.

Wer kann es besser wissen als diejenigen, die jahrelang mit diesen Waffen hantierten und direkt verfügten.!!!

Einen Aspekt zu den immensen Gefahren möchte ich hinzufügen, die bisher in der Diskussion noch eine untergeordnete Rolle spielen:

Ich zitiere den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, Herrn Harald Kujat: *„Cyber, Hacking, technisches Versagen, Missverständnisse: Noch nie stand die Welt so dicht vor der Apokalypse, sagt Harald Kujat. Der Ex-Generalinspekteur fordert eine neue Entspannungspolitik. Er warnt inständig vor einem „Atomkrieg aus Versehen“ „Ich sehe große Risiken durch Cyber, Hacking, technisches Versagen und Missverständnisse“, sagte Kujat den Zeitungen des Redaktions Netzwerks Deutschland (RND). „Beide Seiten müssen ständig ihre Führungsinformationssysteme*

modernisieren und über militärische vertrauensbildende Maßnahmen im Gespräch bleiben. Sonst gerät die Welt irgendwann in einen Atomkrieg, ohne es gewollt zu haben“, erklärte der frühere Bundeswehrgeneral. 22.2.18 Welt online

Die Gefahr eines Atomkrieges aus Versehen wächst:

- mit der Verkürzung der Vorwarnzeiten
- mit der zunehmenden Automatisierung der Waffen
- mit der Verwischung von konkreten Verantwortlichkeiten hin zu abstrakten Befehlsmaschinen
- mit den immer diffuseren Befehlsketten. Es herrscht bei den Atomwaffen eine zunehmende organisierte Verantwortungslosigkeit.

Es gibt einen Experten in diesem Saal, der dazu angehört werden kann, wenn Sie den entsprechenden Beweisantrag zulassen.

War unsere Aktion erforderlich?

Ausgehend von dieser Gefahr, die ja nicht nur uns in Deutschland betrifft, sondern genauso die Menschen in Russland, China etc, auf die diese Atomwaffen gerichtet sind und deren Recht auf Leben, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit genauso bedroht und vom Völkerrechtsbruch nicht minder betroffen sind, bleibt nur die Prävention eines Einsatzes eines solchen Massenvernichtungsmittels. Behauptet wird täglich, dass Atomwaffen zu unserem Schutz und Sicherheit sind. Wie wir oben gesehen haben, können sie das nicht. Und wann wurde in der Menschheit eine Waffe entwickelt, die dann nicht eingesetzt wurde?

Trotzdem hält die Bundesregierung völkerrechtswidrig an der atomaren Abschreckung fest und möchte sogar im Rahmen der atomaren Teilhabe auch noch über ihren Einsatz mitentscheiden. Sie hat die Möglichkeit, mit dem Atomwaffenverbotsvertrag aus diesem atomaren Wahnsinn auszusteigen, sie tut es bisher nicht, weil sie ihre Interessen um politischen Einfluss in Gefahr sieht. Möglicherweise spielen auch finanzielle Interessen und Einflüsse einer kleinen

Minderheit z. B. bestimmte Aktionär*innen noch eine Rolle, wie ICAN in einer entsprechenden Untersuchung zeigen konnte.

Wie wenig ernst die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin insbesondere das eigene Parlament nimmt, wurde durch ein Dokument, die Wikileaks veröffentlicht hat, deutlich, als der Kanzlersprecher Heusgen sich bei der Erörterung im Weißen Haus mit dem amerikanischen Präsidenten Obama, inwieweit die Bundesregierung sich zur atomaren Teilhabe bekennen würde, dahin gehend äußerte, dass ihnen der Bundestagsbeschluss von 26.3.2010 von Westerwelle aufgezwungen worden sei, aber die Bundesregierung weiter zu den Atomwaffen in Deutschland stehe.

(https://wikileaks.org/plusd/cables/09BERLIN1433_a.html Punkt 8) Es ging nämlich um das politische Drängen, den NATO-Gremien gegenüber, die amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden abzuziehen. Damit hätte sie auch die Legitimation zur atomaren Teilhabe verloren.

Auf taube Ohren fiel bei der Bundesregierung der sowieso schon sehr allgemein gehaltene Bundestagsbeschluss, auf taube Ohren in Berlin stoßen die seit Jahren konstanten Umfrageergebnisse zum Abzug der Böhler Atomwaffen (eine überwältigende Mehrheit ist dafür) und dem Ausstieg aus der atomaren Hochrüstung,

die Bundesregierung glaubt alle Proteste, Demonstrationen, unzähligen Briefe und jede Argumentation aussitzen zu können, selbst wenn dieses Unrecht der atomaren Bedrohung ihr nachgewiesen werden kann.

Die Aussage: „Die Bundesregierung setzt sich für eine atomwaffenfreie Welt ein“ wird durch fehlendes reales Handeln konterkariert. Sie hat in den letzten Jahrzehnten niemals konkrete Schritte dazu eingeleitet, obwohl sie nach dem §6 des NPT Vertrages dazu verpflichtet ist. In dieser Situation der zugespitzten atomaren Gefahr und des fortgesetzten Völkerrechtsbruchs bleibt uns gar nicht anderes übrig, als unsere politischen Aktionen auch zuzuspitzen, und zwar so, dass sie Druck erzeugen und endlich die benötigte politische Aufmerksamkeit bekommen.

Die Politik des Aussitzens, und das hat die Debatte um die Klimakatastrophe gezeigt, lässt sich nur durch zivilen Ungehorsam beenden und aufheben. Nur auf gezielte Regelverletzungen reagieren die Entscheidungsträger, der Wille des Souveräns allein, worauf ich schon hinwies, rührt sie nicht an, für sachliche Argumentationen öffnet sie sich nicht. **Aus diesem Grunde war unsere Aktion erforderlich,** woanders wird es offensichtlich auch bei den Gerichten so gesehen.

War sie geeignet?

Sie hat zumindest vorübergehend den Übungsbetrieb lahmgelegt. Sicher brauchen wir mehr solche Aktionen, um beurteilen zu können, ob sich politisch eine Kehrtwende erzwingen lässt. Allerdings zeigt aber diese Aktion, wie zugespitzt die atomare Gefahr ist und dass es um unser Überleben geht Sie hat, und das zeigen die vielen Zusprüche zu unserer Aktion, Mut gemacht, wo sich Resignation und Mutlosigkeit, Hilflosigkeit und Ohnmacht sich politisch breit gemacht hat. Hoffnungslosigkeit und die daraus resultierende Verzweiflung sind genau die Brandbeschleuniger zum atomaren Inferno. Unsere Aktionen sind ein Anfang, und bei jedem Anfang wissen wir nicht, wie sich das letztlich entwickelt, das wird nur die Geschichte im nach hinein zeigen.

Es wurde schon erläutert, wie aus einer Einzelaktion eine Bürgerrechtsbewegung sich entwickeln kann.

*Der Widerstand in Hongkong oder im Sudan hat ebenfalls so angefangen. Jeder der 40 Preisträger des alternativen Friedensnobelpreises stand am Anfang allein oder mit nur einer kleinen Gruppe, aber beseelt von der Idee zum Handeln. **Nur Handeln führt zu Veränderungen.** Es gibt viele geschichtliche Beispiele, wo ziviler Ungehorsam erfolgreich ein politisches Unrecht aufgehoben hat.*

Wie jemand von uns es so treffend formulierte: Wenn jeden Tag von immer wieder anderen der völkerrechtswidrige Übungsbetrieb lahmgelegt wird, dann wäre 24 Stunden lang das Unrecht

durchbrochen, das jeden Tag dort in Büchel begangen wird. Nicht umsonst hat die andere Seite mit einem Millionen schweren Sicherheitszaun auf unsere Aktionen reagiert, als Begründung dienen die Proteste in Büchel, die man abwehren müsse.

War die Aktion angemessen?

Im Vergleich zu den immensen Gefahren war diese Aktion noch recht niederschwellig. Im Blick auf das, was uns als gewaltfreie aktive Menschen in unserer Macht steht, war unser Handeln durchaus angemessen, denn wir hatten nur unsere Körper, die wir auf die Landebahn trugen, Musikinstrumente und Samentüten, um gleich die hoffnungsvolle Alternative aufzuzeigen. Wir haben niemanden physisch gefährdet und haben uns auch nicht mit Gewalt gewehrt, als man uns von der Landebahn entfernte. Den uns festnehmenden Personen (Soldaten, Polizisten) sind wir mit Respekt, Ruhe und Gelassenheit begegnet, selbst als jemand von ihnen uns beschimpfte. Wir haben nur unsere Körper zum Verhindern eines Unrechts, das wir mit gewaltfreien Mitteln zu überwinden versuchen.

War es das relativ mildeste Mittel?

In unseren Augen ja. Seit Jahren gibt es Proteste, Demonstrationen, Briefe, angemeldete Versammlungen, Blockaden. Davon wurde schon gesprochen. Sie sind alle sehr wichtig, aber reichen offensichtlich nicht aus, um unsere Regierung zur Umkehr ihrer völkerrechtswidrigen Unrechtspolitik zu bewegen. Auch hier wird erst langfristig die Geschichte zeigen, ob wir noch zu zaghaft waren oder den nötigen Druck haben aufbauen können. Vielleicht bin ich diesbezüglich zu naiv, aber besser naiv etwas zu versuchen als untätig dem täglichen Unrecht zuzuschauen. Zumindest möchte ich mir von der jüngeren Generation nicht vorwerfen lassen, untätig die Katastrophe auf uns zukommen gelassen zu haben. Das habe ich gelernt aus der Geschichte meiner Eltern: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Und mein ärztlicher Eid auf das Leben erfordert in jeden Fall den Widerstand gegen diese atomare Katastrophe. Ob Sie uns jetzt verurteilen oder freisprechen, liegt in Ihrem Ermessen. Ein Freispruch hätte allerdings die Stärkung unseres

demokratischen Gemeinwesens zur Folge und würde für viele ein wichtiges Hoffnungszeichen sein.

Der rechtfertigende Notstand hätte endlich seine Anerkennung bekommen, sie würden Rechtsgeschichte schreiben und der Einhaltung des Völkerrechts zu neuer Bedeutung verhelfen. Sie können als andere Option eine Entscheidung höheren Gerichten überlassen z.B. als richterliche Anfrage an das Bundesverfassungsgericht.

Und Sie als Schöffen haben in diesem Prozess eine besondere Verantwortung, können Sie doch unbekümmerter und freier gleichberechtigt entscheiden, und diese Welt, vor allem für unsere Kinder und Enkel hoffnungsvoller machen.

Ich danke Ihnen für ihr geduldiges Zuhören.